

Protokoll des Einwohnerrates Wohlen

5. Sitzung vom 21. August 2006 • von 18.00 bis 20.30 Uhr • Chappellehofsaal Wohlen

Vorsitz: Arthur Fischer, Präsident

Protokollführung: Peter Hartmann, Gemeindeschreiber

Präsenz: Einwohnerrat

Bis 19.00 Uhr

38 Mitglieder des Einwohnerrates

Absolutes Mehr: 20

Zweidrittelsmehr: 26

Ab 19.00 Uhr

39 Mitglieder des Einwohnerrates

Absolutes Mehr: 20

Zweidrittelsmehr: 26

Gemeinderat

Walter Dubler, Gemeindeammann

Harold Külling, Vizeammann

Doris Becker, Gemeinderätin

Paul Huwiler, Gemeinderat

René Meier, Gemeinderat

Christian Müller, Gemeinderat

Toni Schürmann, Gemeinderat

Weitere Anwesende

Ernst Häner, Präsident ARA

Stefan Irniger, Betriebsleiter ARA

Franco Corsiglia, Schulpflegepräsident

Ernesto Hitz, Schulsekretär

Gertrud Laube, Co-Betriebsleiterin Wohler Chinderhuus

Marcelle Bun, Co-Betriebsleiterin Wohler Chinderhuus

Entschuldigungen

Regula Meier

Ronny Fricker (anwesend ab 19.00 Uhr)

Traktanden:

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Bericht und Antrag 11013 betr. Ordentliche Einbürgerungen
3. Motion 11004 betr. Nachträglichem Einbau eines behindertengerechten Treppenlifts im Fussballstadion Niedermatten / Tribüne
4. Motion 11011 betr. Sofortiger Einleitung der Totalrevision des Bauzonenplanes
5. Bericht und Antrag 11010 betr. Wohler Chinderhuus / Anpassung der Tarifordnung
6. Kenntnisnahme 11012 betr. Jahresbericht und Rechnung 2005 des Abwasserverbandes Wohlen-Villmergen-Waltenschwil
7. Kenntnisnahme 11005 betr. Jahresbericht 2004/2005 der Schulen von Wohlen

Fischer Arthur, Präsident: Begrüsst die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Da Ronny Fricker erst um ca. 19.00 Uhr zur Sitzung erscheint, wird Roger Isler bis zu diesem Zeitpunkt das Amt des Stimmzählers übernehmen.

28 0.011.5 Einwohnerrat; Eingänge und Mitteilungen
Eingänge und Mitteilungen

Fischer Arthur, Präsident: Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung zu verzeichnen:

- Bericht und Antrag 11013 betr. ordentliche Einbürgerungen
- Dringliche Motion 11014 betr. Chinderhuus
- Schreiben des Gemeinderates betr. ordentliche Einbürgerungen
- Neufassung der Motion 11004 betr. nachträglichem Einbau eines behindertengerechten Treppenlifts im Fussballstadion Niedermatten / Tribüne
- Dringliche Motion 11015 betr. Einleitung Totalrevision Bauzonenplan
- Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 08.05.2006

Chappelehof

Wir befinden uns heute versuchsweise im Chappelehof, da die Akustik im Casino nicht optimal ist. Wir hatten immer wieder Reklamationen von Besuchern, welche unserem Ratsgeschehen nicht folgen konnten, da auf der Tribüne die Voten schlecht zu verstehen sind. Ausserdem werden die Sitzungen für die Protokollierung mit Mikrophon aufgenommen. Auch da gab es immer wieder Probleme, da einzelne Voten auf dem Aufnahmegerät schlecht verständlich waren.

Wir haben uns überlegt, welche Möglichkeiten wir haben. Die eine wäre eine Verbesserung der Lautsprecheranlage. Dies ist jedoch sehr kostspielig. Damit wären Sie wahrscheinlich nicht einverstanden. Wir haben nun beschlossen, dass wir die nächsten 3 Sitzungen versuchsweise hier im Chappellehof durchführen werden. Die Zuhörerinnen und Zuhörer haben das Recht, unser Geschehen zu verstehen.

Für den Chappellehof zahlen wir Fr. 300.00 pro Abend (alles inbegriffen).

Ich werde Sie wieder informieren und bitte die Zuhörerinnen und Zuhörer um Rückmeldung.

Gratulation

Unser Ratsmitglied Arsène Perroud und seine Frau sind Eltern eines Sohnes namens Mica geworden. Herzliche Gratulation!

Rücktritt Louis Bucher

Die nun folgende Mitteilung zeigt, dass freudige und ernste Nachrichten sehr nahe zusammen liegen. Ich muss Ihnen den Rücktritt von Louis Bucher aus dem Einwohnerrat und der Finanzkommission mitteilen (Der Präsident liest das Rücktrittsschreiben vor).

Es fällt uns schwer, ihn gehen zu lassen, aber wir haben seinen Entscheid zu akzeptieren. Louis Bucher kam 2004 als Nachfolger für die zurückgetretene Edith Weber in den Einwohnerrat. Bereits an der ersten Sitzung wurde er in die Finanzkommission gewählt. Seit Beginn dieser Legislaturperiode bekleidet er das Amt des Präsidenten dieser Kommission. Durch seine Persönlichkeit und seine hohe Fachkompetenz wurde er innert kurzer Zeit zu einem geschätzten Mitglied des Einwohnerrates und der Finanzkommission. Seine offene und fundierte Art zu politisieren wurde allseits geschätzt.

Lieber Louis, dein grosser und ungebrochener Lebenswille lässt uns hoffen, dass du diese Krankheit bewältigen kannst. Für die Bewältigung dieser schwierigen Lebenslage wünschen wir dir viel Kraft. Als kleine Anerkennung für deine grosse Leistung überreiche ich dir ein kleines Präsent.

Bucher Louis, CVP-CSP: Ich möchte an dieser Stelle meinen Kolleginnen und Kollegen der Finanzkommission und des Einwohnerrates danken, dass Sie mich immer unterstützt haben. Ich gehe nicht gerne weg, bin aber der Ansicht, dass ich mein Leben neu gestalten muss. Ich wünsche Ihnen weiterhin viel Erfolg in der Politik.

Fischer Arthur, Präsident: Die Wahl eines neuen Mitgliedes in die Finanzkommission und eines neuen Präsidenten findet an der nächsten Sitzung statt.

Einladungen

Ich habe noch zwei Hinweise betr. Einladungen:

- Neuzuzügeranlass, Freitag, 01. September 2006
- 20jähriges Jubiläum der Integra, Samstag, 02. September 2006

Bericht und Antrag 11013 betr. Ordentliche Einbürgerungen

Baur Angelika, Präsidentin der Einbürgerungskommission: Mit Bericht und Antrag Nr. 11013 stellt Ihnen der Gemeinderat den Antrag, weiteren Bewerbern das Gemeindebürgerrecht der Gemeinde Wohlen zuzusichern.

An der Gemeinderatssitzung vom 14. August 2006 hat der Gemeinderat drei Einbürgerungsgesuche an die Kommission zurückgewiesen, obwohl die Gesuchsteller bereits auf dem eingangs erwähnten Bericht und Antrag aufgeführt sind.

Grund für die Zurückweisung ist, dass neue Erkenntnisse vorhanden sind, welche durch die Einbürgerungskommission nochmals neu überprüft werden müssen. Die Einbürgerungskommission sowie der Gemeinderat hatten zum Zeitpunkt ihrer Prüfung keine Kenntnisse über die jetzt aufgetauchten Informationen. Ich bitte um entsprechende Kenntnisnahme und danke für das Verständnis, dass ich zum jetzigen Zeitpunkt nicht näher auf diese Fälle eingehen kann.

Die Einbürgerungskommission hat sich an 4 Sitzungen – im März, April, Mai und Juni 2006 - mit 33 Einbürgerungsgesuchen, total 65 Personen, befasst. Wegen mangelnder Sprachkenntnisse, Assimilation und Integration oder Abhängigkeit von Sozialhilfe der Einbürgerungswilligen mussten 13 Gesuche, total 30 Personen, zurückgestellt werden. Bei den restlichen 20 Gesuchen, total 35 Personen, handelt es sich um voll integrierte und assimilierte Personen, welche allesamt zur Einbürgerung vorgeschlagen werden.

Die Einbürgerungskommission bittet Sie über diese Gesuche wohlwollend abzustimmen und empfiehlt Ihnen alle Personen einstimmig zur Einbürgerung.

Allgemeine Information zu IV-Bezüger:

Es taucht immer wieder die Fragen auf, ob ein IV-Bezüger zur Einbürgerung vorgeschlagen werden kann. Grundsätzlich ist es so, dass IV bezogen werden kann, ob er nun Schweizer oder Ausländer ist. Die Abklärung erfolgt durch die IV und nicht durch die Einbürgerungskommission. Ebenfalls ist es so, dass kein Grund besteht, einen IV-Bezüger nicht einzubürgern. Gründe für eine NICHT-Einbürgerung sind beispielsweise Sozialhilfebezüge, Betreibungen, Eintragungen im Strafregister.

Würde ein Gesuch eines IV-Bezügers zurückgewiesen, nur weil er eine IV-Rente bezieht, und dieser würde rechtliche Schritte einleiten, hätten wir keine Chance, d.h. wir müssten das Gesuch gutheissen und entsprechend weiterleiten.

Wahlresultat

Eingelegte Wahlzettel	38
leer / ungültig	<u> 0</u>
gültig	38
absolutes Mehr	20

Nachstehenden Bewerbern wird das Gemeindebürgerrecht der Gemeinde Wohlen gemäss § 15 Abs. 1 KBüG wie folgt zugesichert:

	JA	NEIN	TOTAL STIMMEN
Agatic Pero	35	3	38
Dimoski Stojan und Dimoska-Naumovska Snezana mit Tochter Ana	35	3	38
Dimoska Sofija	35	3	38
Dina Mergime	35	3	38
Efremov Sasko	33	5	38
Erol-Karademir Aytül mit den Kindern Kaan und Umut	33	5	38
Jukic Anto	33	5	38
Knezevic Mile und Knezevic-Stjepanovic Gordana mit den Kindern Danijela und Daniel	34	4	38
Krasniqi-Morina Learde	33	5	38
Milojevic Nedeljko	33	5	38
Monteleone Mauro	34	4	38
Monteleone Luana	33	5	38
Önelmis Fatma mit den Kindern Evin und Ali	33	5	38
Rajakone Robert	34	4	38
Renckly Lukas	34	4	38
Rodriguez Freire Manuel und Rodriguez-Paraggio Clelia mit den Kindern Irina Isabel und Kristian Emanuel	34	4	38
Rodriguez Claudio	34	4	38
Serratore Giulio	34	4	38
Shehu Skender mit Tochter Fiona	33	5	38
Sljivar-Keranovic Vahida mit den Kindern Amir und Adin	32	6	38

Motion 11004 betr. Nachträglichem Einbau eines behindertengerechten Treppenlifts im Fussballstadion Niedermatten / Tribüne

Spörri Marlies, SVP: Wie Sie alle sehen, habe ich den Wortlaut meiner Motion abgeändert. So hat der Gemeinderat die Möglichkeit verschiedene Varianten zu prüfen.

Ich finde, Wohlen darf stolz sein auf ein so prächtiges Sportzentrum - dem grössten im Freiamt. Es erfüllt fast alle Wünsche bis auf einen, der mir besonders am Herzen liegt. Ich denke da an behinderte Menschen, vor allem an Rollstuhlfahrer und Gehbehinderte, aber auch ältere Leute und Sportfans mit vorübergehenden Fuss- oder Knieverletzungen. Sie alle haben ein Recht auf einen gedeckten Sitzplatz und dieser befindet sich eben auf der Tribüne. Um diese Sitzplätze zu erreichen fehlt leider ein behindertengerechter Aufgang.

Es geht mir in erster Linie darum, dass die Behinderten auf die Tribüne gelangen können, weniger um das Wie! In der heutigen Zeit ist es fast unvorstellbar, dass eine solche Einrichtung fehlt.

Aus diesem Grund beantrage ich die Nachrüstung eines behindertengerechten Aufgangs zur Tribüne im Fussballstadion Niedermatten.

Becker Doris, Gemeinderätin: Der Gemeinderat nimmt das Kernanliegen des Vorstosses auf und ist bereit, alle Möglichkeiten zu prüfen, welche im Tribünenbereich zu einer Verbesserung der Situation für Gehbehinderte führt. Der Auftrag der ursprünglichen Motion war konkret formuliert – es wurde ein Treppenlift verlangt. Der Gemeinderat wollte sich jedoch das Spektrum für mehrere Lösungen offen halten und hätte daher die Umwandlung in ein Postulat beantragt. Mittlerweile liegt eine neue Fassung der Motion auf. Bei dieser ist der Auftrag generell gehalten und entspricht dem Sinn des Gemeinderates. Der Gemeinderat nimmt die Motion entgegen und will sich bemühen, zusammen mit dem FC Wohlen eine gute Lösung zu finden und diese dem Einwohnerrat zu unterbreiten. Der Gemeinderat möchte jedoch bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, dass hier nicht der ordentliche Weg eingehalten wurde. Die Fraktionen konnten sich nicht in Ruhe mit der neuen Fassung der Motion befassen. Der Sache zuliebe beharrt der Gemeinderat nicht auf dem Formellen. Wir betonen jedoch, dass hier kein Präjudiz geschaffen wird.

Die Diskussion wird nicht verlangt.

Die Motion 11004 von Marlis Spörri, SVP Wohlen-Anglikon, betr. Nachträglichem Einbau eines behindertengerechten Treppenlifts im Fussballstadion Niedermatten / Tribüne gilt somit als überwiesen.

Motion 11011 betr. Sofortiger Einleitung der Totalrevision des Bauzonenplanes und dringliche Motion 11015 betr. Einleitung der Totalrevision des Bauzonenplanes

Meier René, Gemeinderat: Ich darf Sie über den Beschluss des Gemeinderates orientieren. Der Gemeinderat hat an der heutigen Sitzung beschlossen, die Revision des Bauzonenplanes sofort einzuleiten. Der entsprechende Auftrag wurde der Bauverwaltung erteilt. Damit sind die Forderungen der Motionen 11011 und 11015 erfüllt. Ich bitte die Motionäre die Motionen zurückzuziehen.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Wir gehen am besten so vor, wie dies das Geschäftsreglement vorsieht – so wie vorher bei der Motion Spörri: Auf eine Diskussion wird verzichtet und die Motion wird stillschweigend überwiesen. In diesem Sinne hält unsere Fraktion SVP Wohlen-Anglikon und Dorfteil Anglikon an der Motion fest.

Dringliche Motion 11015 der Fraktion FDP

Jauslin Matthias, FDP: Gemäss Geschäftsreglement wird zuerst über die Dringlichkeit abgestimmt. Wir haben die Motion eingegeben, da wir gemerkt haben, dass die Begründung der Motion der SVP bei einigen Personen zu grossen Unsicherheiten geführt hat. Unsere Motion ist da zurückhaltend, da wir keinen Zeitrahmen vorgegeben haben. Nachdem René Meier nun ganz klar bestätigt hat, dass der Gemeinderat den Beschluss gefasst hat, die Überarbeitung des Bauzonenplanes einzuleiten, verzichten wir selbstverständlich auf das Aufrechterhalten dieser Motion. Es macht absolut keinen Sinn, einen Auftrag, welcher bereits angelaufen ist, mit einer Motion künstlich am Leben erhalten wird. Die FDP zieht die dringliche Motion zurück. Wir hoffen natürlich, dass die SVP unserem Beispiel folgt und diesem Ratsgeschäft möglichst wieder Dynamik verschafft.

Die Fraktion FDP zieht die dringliche Motion 11015 betr. Einleitung der Totalrevision des Bauzonenplanes zurück.

Motion 11011 der Fraktion SVP Wohlen-Anglikon und Dorfteil Anglikon

Gallati Jean-Pierre, SVP: Wir halten selbstverständlich noch immer an der Motion fest. Wir wollen eine Verpflichtung des Gemeinderates, die Überarbeitung des Zonenplanes heute Abend nicht nur verbal einzuleiten – wahrscheinlich wurde der Beschluss des Gemeinderates um 16.00 Uhr gefällt. So weit kann die Zonenplanung also noch nicht sein. Wir wollen eine verbindliche Verpflichtung haben, welche auch über die Amtsdauer von Gemeinderat René Meier hinaus besteht und welche unabhängig von Personen ist. Es muss aus unserer Sicht eine Verpflichtung des Gemeinderates da sein, nachdem nun ca. 15 Jahre die Pflicht nicht erfüllt wurde – übrigens nicht nur durch den Gemeinderat, sondern auch durch den Einwohnerrat. Daher halten wir an der Motion fest.

Meier René, Gemeinderat: Ich möchte Sie darüber orientieren, dass der Beschluss des Gemeinderates heute um 16.30 Uhr einstimmig gefällt wurde. Im Übrigen fällt der Gemeinderat keine Beschlüsse, welche an die Amtsdauer eines Ratsmitgliedes gebunden sind, sondern solche, welche den Gesamtgemeinderat verpflichten. Wenn der Gemeinderat einen Beschluss fasst, und das wird auch in Zukunft so sein, wird dieser umgesetzt. Ausserdem hat der Gemeinderat bereits an der Sitzung vom 8. Mai 2006 angekündigt, dass nach Rechtskraft der BNO die Revision des Bau-

zonenplanes sofort angegangen werde. Es ist also eigentlich nichts Aussergewöhnliches geschehen. Der Gemeinderat erfüllt seine Pflicht und hat der Bauverwaltung den entsprechenden Auftrag übergeben.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Gemeinderat René Meier hat Sie über den neusten Stand orientiert. Nachdem die Motionäre an der Motion festhalten, möchte ich Ihnen nun erklären, warum der Gemeinderat die Motion nicht entgegen nehmen will.

Der Gemeinderat bittet Sie, die Motion abzulehnen. Entscheidend ist, dass Wohlen eine neue Bau- und Nutzungsordnung hat. Dass diese Arbeit sehr gut gelöst wurde, hat die Einwohnerrats-sitzung vom 8. Mai 2006 bewiesen. Es sind vom Einwohnerrat nur 3 geringe Änderungen beschlossen worden. Der zentrale Punkt war, dass wir endlich die alte Bauordnung mit ihren vielen Streichungen aus dem Verkehr nehmen können. Es trifft zu, dass der Zonenplan der Gemeinde Wohlen überarbeitet werden muss. Der Gemeinderat hat kommuniziert, dass er die Arbeit in Angriff werden will. Es ist jedoch nicht so, dass seit der letzten Gesamtrevision keine Änderungen am Bauzonenplan vorgenommen wurden. Der Bauzonenplan ist in der Zwischenzeit an mehr als 30 Stellen geändert worden. Dies ergibt im Schnitt mehr als 1 Änderung pro Jahr. Beispiele: Paul-Walser-Areal: Umzonung für Öffentliche Bauten und Anlagen in Gewerbe-zonen, Nieder-matten: Einzonung in Zone für Öffentliche Bauten und Anlagen, Banächer: Einzonung für Be-triebserweiterung, Aargauerstrasse-Bahnhofweg: Umzonung von Gewerbezone in Wohn- und Gewerbezone. Auch in Anglikon gab es verschiedene Änderungen.

Die Änderungen sind immer mit Blick auf das Ganze und auf konkret begründeten Bedürfnisse erfolgt. Bei der anstehenden Gesamtrevision geht es einmal um die Aufnahme von diesen Teil-änderungen im Bauzonenplan. Sie dienen der Übersichtlichkeit und Rechtssicherheit für die Bürgerinnen und Bürger. Im Weiteren wird es unter anderem darum gehen, ob ein Bedarf für Neueinzonungen bzw. Umzonungen von bestehenden Bauzonen besteht. In diesem Zusammen-hang wird darauf verwiesen, dass Wohlen, gemäss Übersicht über den Stand der Erschlies-sungen, welche alljährlich von der Bauverwaltung aktualisiert wird, am 31.12.2005 über 32.2 ha unüberbautes Land in der Wohn- und Mischzonen, 32.3 ha unüberbautes Land in der Gewerbe- und Industriezone und 0.2 ha unüberbautes Land in der Zone für Öffentliche Bauten und An-lagen verfügte. Neueinzonungen dürften daher kaum ein zentrales Thema einer Gesamtrevision werden. Wohlen verfügt noch über grosse Baulandreserven. Es darf daher nicht erwartet wer-den, dass grosse Einzonungen erfolgt werden. Dies ist auch von Regierungsrat Peter C. Beyeler anlässlich der Eröffnung des Mitwirkungsverfahrens Ferropolis deutlich gesagt. Einzonungen kann es auch künftig geben aber nicht im grossen Stil, wie sich dies einige Personen wünschen.

Ferropolis ist aus raumplanerischer Sicht ein Sonderfall. Es ist ein in sich abgeschlossenes Projekt von regionaler und sogar kantonaler Tragweite. Es handelt sich um ein seit mehreren Jahrzehn-ten eingezontes und überbautes Areal. Aus bekannten Gründen geht es heute darum, die plane-rischen Voraussetzungen zu schaffen, damit diese Fläche einer neuen Nutzung zugeführt wer-den kann.

Es besteht keine direkte Abhängigkeit zwischen der Gesamtrevision der Nutzungsplanung und dem Projekt Ferropolis. Auch ohne das vorliegende Projekt müssten sich Wohlen und Villmergen Gedanken über die Zukunft dieses zentral gelegenen Areals machen. Ein grosser Vorteil des vor-liegenden Projektentwurfs liegt darin, dass der Grundeigentümer bereit ist, einen namhaften Be-trag für die Altlastenproblematik aufzuwenden. Sollte das Vorhaben aus irgendwelchen Grün-den nicht weiter geführt werden, bliebe wohl die Industriebranche bis auf Weiteres bestehen. Al-lenfalls müsste später die Öffentlichkeit für die Finanzierung der Altlastenproblematik aufkom-men. Dies kann wohl nicht im Interesse von Villmergen und Wohlen sein.

Die Ueberweisung der Motion könnte zur Folge haben, dass die Ferroeigentümer das Interesse an einer Fortentwicklung des Areals verliert und sich zurückzieht. Dies wäre für die wirtschaftliche Entwicklung Wohlen, Villmergen und der Region sehr schlecht.

In der Motion wird aufgeführt, das Projekt Ferropolis leiste einer einseitigen Entwicklung der Gemeinde Vorschub und könne deshalb nur im Rahmen der generellen Revision der Zonenplanung beurteilt werden. Das stimmt so nicht. Ferropolis ist ein in sich abgeschlossenes Projekt, weil ein Grundeigentümer auf seinem eingezonten Land in Abstimmung mit den betroffenen Gemeinden eine unschöne Situation beheben will. Natürlich hat dieses Projekt grosse, weiträumige Auswirkungen insbesondere auf den Verkehr. Seit Einreichung der Motion hat sich die Lage verändert. Vom 29. Mai bis 28. Juli 2006 lief das Mitwirkungsverfahren. Beim Gemeinderat Wohlen gingen 17 Stellungnahmen ein. Alle Einwohnerratsfraktionen haben ihre Meinung kundgetan. Dies ist gewichtig. Jetzt geht es darum, diese Eingaben auszuwerten und zu analysieren. Gestützt auf das Baugesetz muss der Gemeinderat zu diesen Eingaben Stellung nehmen und das Ergebnis in einem Bericht zusammenfassen. Die Akten dieses Verfahrens sind öffentlich. Die Weiterbearbeitung von Ferropolis wird davon abhängen, ob und wie die aufgeworfenen Probleme gelöst werden. Zudem wurden die Unterlagen von den Gemeinderäten Wohlen und Villmergen auch dem Kanton, Departement Bau, Verkehr und Umwelt zur Vorprüfung eingereicht. D.h. auch der Kanton nimmt noch Stellung. Die Stellungnahme fehlt bis zum heutigen Zeitpunkt.

Der Gemeinderat möchte folgendes betonen: Das Projekt Ferropolis darf auf die Ausdehnung der übrigen Bauzonen in der Gemeinde keinen Einfluss haben. Das ist die feste Meinung des Gemeinderats. Solange dies nicht eindeutig abgesichert ist, wird der Gemeinderat der Umzonung Ferropolis und dem Gestaltungsplan nicht zustimmen.

Aus der Begründung der Motion und bisherigen Äusserungen der SVP Wohlen-Anglikon muss geschlossen werden, dass die SVP die Planung auf dem Ferroareal abwürgen will. Wichtig in dieser Phase ist das psychologisch geschickte Vorgehen des Einwohnerrates. Wir haben jetzt eine Eigentümerin des Ferroareals, welche bekannt ist. Diese möchte das Areal entwickeln. Setzen Sie deshalb jetzt keine unnötigen negativen Zeichen, welche dazu führen könnten, dass auf dem Ferrogelände nichts geschieht! Ohne überzeugende planerische Lösung ist auf dem Ferroareal keine Veränderung möglich. Interventionsmöglichkeiten für den Einwohnerrat wird es noch mehrere geben. Der Gemeinderat bittet Sie eindringlich, diese Motion abzulehnen.

Gallati Jean-Pierre, SVP Wohlen-Anglikon: Wir sind nahtlos zur Diskussion übergegangen.....

Es ist doch so, dass die SVP nur ca. alle 100 Jahre einmal Recht hat. Und es ist in etwa so, dass der Gemeinderat alle 1'000 Jahre einmal nicht Recht hat. Die Kombination dieser zwei Vorkommnisse kommt etwa alle 10'000 Jahre einmal vor. Und dies ist bei dieser Motion der Fall: Die SVP hat Recht und der Gemeinderat hat wahrscheinlich nicht Recht. Ein bürgerlicher Parteipräsident hat mir gesagt, dass der einzige Fehler, welcher die Motion hat, der Absender sei. Und genau dies schliesse ich aus dem Verhalten des Gemeinderates. Zuerst wird gesagt, dass um 16.30 Uhr die Einleitung der Zonenplanung beschlossen wurde und nun will er die Motion, welche genau das selbe erreichen will, ablehnen. Das verstehen wir nicht. Den Zusammenhang mit Ferropolis wollten wir von der SVP nicht ansprechen. Dies ist nun im Votum des Gemeindeammanns passiert. Die Parteien haben gemerkt, dass es hier um ein wichtiges Projekt geht, welches den gesamten Zonenplan, ob er vorher oder nachher überarbeitet wird, präjudiziert. Ich danke allen, die sich an der Mitwirkung beteiligt haben. Sie sind, im Gegensatz zum Mitwirkungsverfahren zur BNO vor zweieinhalb Jahren, aufgewacht. Es ist so, dass uns Ferropolis die Baulandreserven auf 30 Jahre hinaus wegfrisst. Die Garantie, welche vom Gemeinderat gewünscht wird, wird niemand rechtsgültig abgeben können. Ich nehme an, dass der Gemeinderat, welcher in dieser Frage fachlich versiert ist, dies auch weiss oder wissen müsste. Da wir nun im Zusammenhang mit Ferropolis herausgefordert wurden: Nach unserer Auffassung ist das Projekt Ferropolis heute eine Pla-

nungsleiche, vielleicht dank der Mitwirkung, welche wahrscheinlich nur schwer wiederbelebt werden kann.

Zur Sache: Der Planungshorizont liegt bei 15 Jahren. Wir haben nun 30 Jahre gesamtheitlich nichts mehr gemacht. Es wurden während den letzten 28 Jahre 20 Teilrevisionen vorgenommen. Wir müssen die Zonenplanrevision machen. Auf eine detaillierte Begründung, möchte ich nicht eingehen. Wir haben dies bei der BNO-Revision bereits gemacht – es ist das selbe Thema. Aber es führt uns zur Kernfrage – und damit möchte ich schliessen - vertreten wir hier im Saal die Interessen der ganzen Gemeinde? Wenn ja, fordere ich Sie auf, unsere Motion zu unterstützen. Oder vertreten wir einseitig die Interessen einer Aktiengesellschaft, nämlich der Ferrowohlen AG? Ich hoffe und glaube daran, dass Sie die Interessen der gesamten Gemeinde vertreten wollen und danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Benz Guido, CVP-CSP: Ich möchte Sie über den Entscheid der CVP-Fraktion zu dieser Motion informieren. Als Neuling eine kurze Vorbemerkung: Mir ist aufgefallen, dass in den Jahren 1990 bis 2004 scheinbar überhaupt keine Partei verlangt hat, dass der Zonenplan revidiert wird – auch die SVP nicht, auch die CVP nicht. Niemand hat verlangt, dass dies zusammen gemacht werden muss. Danach wurde der Vorschlag der SVP nicht akzeptiert – ich kenne die Gründe nicht aber dies ist wahrscheinlich legitim. Die beiden Wege, welche zur Verfügung stehen, haben beide Pro's und Contra's. Mir scheint es wichtig zu sein, dass wir nun von nach vorne schauen und Lehren aus der Vergangenheit für die nächsten 20 Jahre ziehen.

Man hat gemerkt, dass alle Parteien der Meinung sind, dass der Zonenplan revidiert werden muss. Ich glaube alle, auch wir von der CVP, wären mit dem Wortlaut der Motion einverstanden gewesen. Wir wären sogar mit dem ersten Absatz der Begründung einverstanden gewesen, sofern der Satz mit „Ferropolis“ nicht gewesen wäre. Nun hat jedoch die Motion den sehr grossen Haken, dass gemäss Begründung in Absatz 2 und 3, bereits heute entschieden werden soll, dass Ferropolis – und ich nehme an, dass dies auch jedes andere Projekt betreffen würde - erst nach Vorlage der neuen Zonenplanung angegangen werden kann. Die CVP lehnt dies ab und damit gezwungenermassen auch die ganze Motion.

Begründung:

Das Ferrogelände stellt auch für die Gemeinde ein grosses Problem dar. Es ist im Interesse der Gemeinde und auch die Aufgabe der Gemeinde, dieses Problem möglichst rasch und gut zu lösen oder bei Lösungsansätzen mitzuwirken. Momentan steht ein Vorschlag zur Diskussion. Dieser zeigt einige interessante Merkmale. Die Zukunft des Ferrogeländes wird nun angegangen, es wird überdacht und es wird bearbeitet. Mit dem relativ weit gediehenen Projekt Ferropolis werden viele allgemein wichtige Fragen und Aspekte angesprochen. Trotz gutem Gesamtüberblick verbleiben noch sehr viele offene Fragen und es könnte die Umzonung oder Schaffung einer Sonderzone sowie das Projekt zum heutigen Zeitpunkt nicht gutgeheissen werden. Die ersten Erkenntnisse des Mitwirkungsverfahrens zeigen jedoch, dass die Teilnehmer viele Fragen aufgeworfen und Ideen vorgebracht haben. Diese müssen nun seriös bearbeitet werden. Es ist unserer Meinung nach völlig falsch, in dieser Phase Entscheidungen zu treffen, welche eine Lösung des Problems Ferrogelände mit oder ohne Ferropolis beeinträchtigen könnten.

Die Ablehnung der Motion ist keine Stellungnahme für die Sonderzone Ferropolis und ist keine Stellungnahme für Ferropolis. Ferropolis ist eine Option und möglicherweise einmal eine valable Option. Momentan können wir dies nicht beurteilen. Nach Vorliegen des Mitwirkungsberichtes des Gemeinderates ist eine Lagebeurteilung zu machen und falls sich die in der Mitwirkung angesprochenen Umplanungs- und Umzonungsfragen nicht befriedigend beantworten lassen, ist die Einbettung in die Zonenplanrevision möglicherweise die richtige Lösung. Die CVP lehnt die Motion einstimmig ab.

Perroud Arsène, SP: Die Fraktion SP und EL & Grüne unterstützt die Motion, bei welcher es einzig darum geht, dem Projekt Ferropolis bereits heute den K.O.-Schlag zu geben, nicht. Das finden wir nicht gut. Auch wir sind nicht Feuer und Flamme für dieses Projekt, aber wir haben eine positive Grundhaltung. Man merkt, dass die SVP grosse Befürchtungen über die Auswirkungen von Ferropolis hat – vor allem über die künftigen Einwohner- und Einwohnerinnen. Mir wurde des Öfters gesagt, dass man sich über die Qualität der Einwohner nicht im Klaren ist. Leider sind dies keine lauterer Gründe, ein solches Projekt abzuschliessen.

Uns hat die Motion trotzdem erstaunt und zwar haben wir die Wahlbeilage der SVP, der selbsternannten Wirtschaftspartei, zu Hand genommen. Dort spricht Urs Stäger von optimalen Rahmenbedingungen für Gewerbe und Wirtschaft, Martin Wyss von Fortschritt durch Entwicklung und Visionen (Ferropolis) oder Judith Steiner Landert von sorgfältigem Umgang mit unseren Ressourcen. Meine lieben Mannen und Frauen, hier sollte brachliegendes Industrieland hauptsächlich dem Gewerbe zugeführt werden und dagegen wehrt sich die Wirtschaftspartei. Wir glauben, dass die SVP ihren Wahlslogan wieder einmal anpassen sollte.

Siebenmann Hannes, EVP: Ich danke dem Gemeinderat. Ich darf Ihnen sagen, dass die Fraktion Freis Wohle und EVP die Motion SVP mehrheitlich unterstützt hätte, wenn nicht die klärenden Worte von Gemeinderat Meier René und Gemeindeammann Walter Dubler gekommen wären. Das sind klare Aussagen und ich bin der Meinung, diese verdienen es, dass man ihnen Vertrauen schenkt. Sie sind inhaltlich begründet und eindeutig.

Für mich ist die Verknüpfung dieser Motion mit der Ferro AG, wie Jean-Pierre Gallati dies begründet hat, nicht nachvollziehbar. Ich glaube, damit bin ich nicht alleine. Es ist wichtig, dass Ferropolis – ob es kommen wird und wie es kommen wird – heute noch nicht beschlossen wird. Es wurde ganz klar gesagt, dass der Einwohnerrat nicht zum letzten Mal zu diesem Thema Stellung nehmen kann. Wir werden das Grossprojekt sicher auch in Zukunft kritisch weiterverfolgen müssen. Natürlich ist es in unser aller Interesse, dass in Wohlen auch an anderen Orten gebaut werden kann, als nur auf dem Ferrogelände. Dies muss gewährleistet werden. Da hat uns Gemeindeammann Walter Dubler schon sehr klar gesagt, wie sich der Gemeinderat in dieser Frage verhält.

Ich schliesse mich dem Votum von Matthias Jauslin an und plädiere dafür, dass die Motion der SVP aus den genannten Gründen nicht unterstützt wird.

Jauslin Matthias, Vizepräsident: Ich darf Ihnen die Meinung der FDP bekannt geben: Eigentlich ist die Forderung der Motionäre selbstverständlich. Wenn man ein Bevölkerungswachstum von ca. 15 % für ein bestimmtes Gebiet bewerkstelligen will, ist eine Gesamtübersicht gefordert. Da kann man nicht von einer Verhinderungspolitik sprechen, das sind Selbstverständlichkeiten.

Die FDP hat bereits vor 3 Jahren mit der Motion Strategiekommission verlangt, dass solche Gesamtübersichten gemeinsam erarbeitet werden sollten.

Die Gesamtrevision des veralteten Zonenplanes ist unumgänglich und aufgrund der aktuellen Entwicklung eine logische Konsequenz. Bis zu diesem Punkt sind wir uns einig. Der Forderung der SVP „Der Gemeinderat sei zu beauftrag umgehend die Revision des Bauzonenplanes einzuleiten“ kam der Gemeinderat mit seiner Erklärung am Anfang der Diskussion nach. Die FDP sieht absolut keinen Sinn, die Motion im heutigen Zeitpunkt zu überweisen, da der Gemeinderat die Revision bereits eingeleitet hat. Aus diesem Grund wird die FDP der Motion nicht zustimmen.

Gallati Jean-Pierre, SVP Wohlen-Anglikon: Das Votum von Matthias Jauslin hat mich und die Fraktion überzeugt. Wir ziehen die Motion im Vertrauen darauf zurück, dass der Gemeinderat den Beschluss von 16.30 Uhr ernst nimmt. Wir wünschen dem Gemeinderat und danach dem Einwohnerrat viel Erfolg und viel Spass bei der Totalrevision des Bauzonenplanes.

Die Motion 11011 betr. Sofortiger Einleitung der Totalrevision des Bauzonenplanes ist durch Rückzug erledigt.

32

0.011.1

Einwohnerrat; Berichte und Anträge

Bericht und Antrag 11010 betr. Wohler Chinderhuus / Anpassung der Tarifordnung

Fischer Arthur, Präsident: Es liegt mir ein Antrag der SVP auf Nichteintreten vor. Ich bitte um Begründung.

Tanner Peter, SVP Wohlen-Anglikon:

Antrag

Die Fraktionsgemeinschaft SVP Wohlen-Anglikon und Dorfteil Anglikon stellt Ihnen den Antrag auf Nichteintreten.

Begründung

1. Argument:

Die Tarifordnung des Chinderhuuses ist ein wichtiger Bestandteil der Familienpolitik unserer Gemeinde. Sie ist daher im Gesamtrahmen mit der hängigen Motion 10060 Jugend- und Familienpolitik in Wohlen zu behandeln. Diese Motion wurde vom Einwohnerrat am 17. November 2003 angenommen und überwiesen. Sie fordert eine Bestandesaufnahme aller Angebote und Leistungserbringer und eine Koordination des Gesamten in der Sache Jugend- und Familienpolitik. Das führt zu Effizienzsteigerungen. Es wäre verfehlt, wieder einen Antrag ohne diese Gesamtbetrachtung zu machen.

Mit dem Nichteintreten auf den vorliegenden Bericht und Antrag erinnern wir den Gemeinderat an die längst überfällige Berichterstattung zur erwähnten Motion.

2. Argument:

Im Weiteren sind die Stimmbürger und die SVP weder für eine Steuer- noch für eine Gebührenerhöhungen. Seit 1990 gibt es in unserer Gemeinde immer mehr Einnahmen – man muss mit dem auskommen, was man hat.

3. Argument:

Die SVP unterstützt die vorliegende Motion Wiederkehr 11014 einstimmig. Wir beantragen, dass das Chinderhuus so schnell wie möglich in private Hände übertragen wird. Die guten Leistungen und das Know-how sollten aber von einer privaten Trägerschaft übernommen und erbracht werden. Das Führen eines Chinderhuus ist keine Aufgabe der Gemeinde. Wir trauen dem Chinderhuus-Team auch zu, sich im privaten Wettbewerb durchzusetzen zu behaupten.

4. Argument:

Ein Affront ist der Abschluss eines Lehrvertrages und die Schaffung einer neuen Stelle ohne vorgängigen Beschluss des Einwohnerrates. Es bestand keine Dringlichkeit. Wir sind nicht bereit, das eigenartige Vorgehen des Gemeinderates nachträglich abzusegnen. Auch beim Nichteintreten auf die Vorlage bleibt der Lehrvertrag natürlich gültig. Wir danken für Ihre Unterstützung nicht zuletzt im Interesse der erwähnten, längst überfälligen Motion Jugend- und Familienpolitik.

Külling Harold, Vizeammann: Ich bitte Sie, den Antrag nicht zu unterstützen und auf das Geschäft einzutreten. Ich weiss nicht genau, was der Hintergrund für den Nichteintretensantrag ist. Ich befürchte, dass es ein anderer ist, als in der ersten Begründung angegeben.

Man will zuerst das Ergebnis der Arbeitsgruppe Jugend- und Familienpolitik abwarten. Gleichzeitig wird aber heute schon eine Motion eingereicht, bei welcher es gemäss Peter Tanner um eine Übergabe des Chinderhauses an eine private Institution geht. Ich lese bei dieser Motion jedoch als erstes „Raschmöglichste Schliessung des Chinderhauses oder Übergabe an eine private Institution“. Langsam könnte es einem klar werden, in welche Richtung man hier gehen will. Oder ist es vielleicht doch nicht klar?

Betr. Abwarten auf die Berichterstattung der Arbeitsgruppe: Es ist richtig, dass sich dies verzögert hat – unter anderem auch infolge Ressortwechsel. Die Arbeitsgruppe wird demnächst zusammentreten. Ich habe erste Materialien eingeholt und habe festgestellt, dass solche Konzeptstudien in erster Linie von Gemeinden gemacht wurden, welche noch überhaupt nichts haben. Wir haben ein Angebot auf diesem Gebiet und vor allem haben wir ein hervorragend geführtes Chinderhaus – wie Sie selber im Motionstext festgestellt haben. Wir müssen aufpassen, dass wir durch „Konzeptionitis“, „Nichteintreten“ und „Streichen des Tarifes“ am Schluss eine hervorragend funktionierende Institution zerreden. Ich weiss nicht, welche Erkenntnisse bezüglich Tarif am Schluss herauskommen sollen, wenn ein solcher Bericht der Arbeitsgruppe vorliegt. Wir haben Ihnen einen neuen Tarif vorgelegt und ich bin der Meinung, dass wir nun über den Tarif reden und beschliessen wollen. Wir wollen nicht wieder abwarten bis eine Motion behandelt werden muss, welche die Schliessung des Chinderhauses verlangt. Aber dies ist anscheinend die Richtung: Man will das Chinderhaus schliessen. Es ist klar, wenn die Mehrheit des Einwohnerrates der Meinung ist, dass das Chinderhaus nicht mehr benötigt wird, können wir uns die heutige Diskussion über den Tarif ersparen.

Ich bitte Sie, auf das Geschäft einzutreten und den Nichteintretensantrag der SVP abzulehnen. Was den Lehrvertrag betrifft: Ich gebe zu, dass es nicht die schöne Art war, wie wir vorgegangen sind. Ich kann mich jedoch daran erinnern, dass von uns erwartet wird, zusätzliche Lehrstellen zu schaffen. Wir haben hier in vorauseilendem Gehorsam diese Lehrstelle geschaffen. Wir haben gedacht, dass wir dieses Wagnis eingehen können. Vor allem da man weiss, wie gesucht nicht nur die Lehrstellen, sondern auch ausgebildetes Personal sind. Dies war mit ein Grund, weshalb wir wollten, dass das Chinderhaus den Anforderungen des schweizerischen Krippenverbandes entspricht und Lehrlinge ausgebildet werden können. Ich möchte mich entschuldigen, dass das Vorgehen formell nicht schön war. Aber wer der Meinung ist, dass im Chinderhaus Lehrlinge ausgebildet werden sollen, kann doch nicht aufgrund solcher Formalien verlangen, dass auf dieses Geschäft nicht eingetreten werden soll. Ich empfehle Ihnen, den Nichteintretensantrag der SVP abzulehnen.

Meier Maya, Freis Wohle: Wir können den Nichteintretensantrag der SVP nicht unterstützen. Auch wir sind mit einzelnen Punkten der Vorlage nicht einverstanden aber wir möchten darüber diskutieren können.

Gfeller Konrad, FDP: Auch die FDP wird den Nichteintretensantrag ablehnen. Wir sind hier, um dieses Geschäft zu behandeln und um einen Entscheid zu fällen.

Gregor Ariane, CVP-CSP: Auch wir werden diesen Antrag nicht unterstützen.

Perroud Hedy, EL & Grüne: Die Fraktionsgemeinschaft EL & Grüne und SP ist der Meinung, dass über dieses Geschäft diskutiert werden sollte.

Abstimmung Nichteintretensantrag

Der Einwohnerrat lehnt den Nichteintretensantrag grossmehrheitlich ab.

Bächer Andy, GPK-Sprecher: An der Sitzung vom 3. August 2006 hat die GPK im Beisein von Vizeammann Harold Külling den Bericht und Antrag 11010 behandelt. Auch in der GPK waren wir bezüglich dieses Bericht und Antrages verschiedener Meinung. Schlussendlich sind wir jedoch zu einem fast einstimmigen Entscheid gekommen.

Nach der Tarifierhöhung, welche auf den 01.01.2004 eingeführt worden ist, hat der Nettoaufwandüberschuss um knapp Fr. 40'000.00 von Fr. 273'000.00 auf Fr. 234'000.00 abgenommen. Das vom Gemeinderat festgelegte Ziel von 50 % Elterbeiträgen und 50 % Gemeindebeiträge, kann nicht erreicht werden. In der Rechnung 2004 und 2005 fehlen je rund Fr. 25'000.00 um diese Aufteilung erreichen zu können. Für eine volle Kostendeckung müssten Fr. 85.00 pro Tag und Kind verlangt werden.

Die Betriebskommission hat nach weiteren Massnahmen gesucht. Beim Personal können keine Einsparungen erzielt werden, hingegen ist mit dem Bezug des reformierten Pfarrhauses mit einem reduzierten Mietzins zu rechnen. Das sind rund Fr. 20'000.00 Mietzins, welche eingespart werden. Als weitere Massnahme ist, nach 2 ½ Jahren, eine weitere Tarifierhöhung in Erwägung gezogen worden.

Das Resultat liegt jetzt vor und wie bereits eingangs erwähnt, gingen in der GPK die Meinungen weit auseinander. Für die einen kommen weitere Gebührenerhöhungen generell nicht in Frage und für andere ist eine Erhöhung von fast 50 % vor allem in den unteren Einkommenskategorien schlecht verträglich.

Ich gebe Ihnen ein Beispiel aus den Unterlagen der GPK-Akten:

1 Kind Einkommensstufe 2 – 5 Tage betreut	Ist-Zustand	Fr.	517.00
	Neuer Tarif	Fr.	1'000.00
1 Kind Einkommensstufe 7 – 2 Tage betreut	ist Zustand	Fr.	980.00
	Neuer Tarif	Fr.	800.00

Es fällt auf, dass fast bei allen höheren Einkommensstufen, bei einer Teilbetreuung die Preise sinken, dass aber bei einer Vollbetreuung oder bei den tiefen Einkommen eine massive Erhöhung stattfindet. Die massive Erhöhung bei den tiefen Einkommen kann dazu führen, dass Kinder nicht mehr ins Chinderhuus kommen und auf der Strasse sind. Aber auch bei den oberen Einkommen wird gerechnet, sie suchen nach Alternativen. Das kann zum Verlust von guten Zahlern führen, was sich negativ auf die Ertragslage auswirkt.

Ein weiterer Grund für die Ablehnung ist die Überführung in eine privatrechtliche Trägerschaft, welche von der Betriebskommission nicht geprüft und nicht in Betracht gezogen wurde. Da-

durch verzichtet die Gemeinde Wohlten Jahr für Jahr auf rund 20 % Staatsbeiträge an die Betriebskosten von rund Fr. 0.5 Mio./Jahr. Für die GPK wäre dies ein prüfenswerter Schritt.

Ein Teil der GPK sieht bei dem engen finanziellen Spielraum, in welchem sich unsere Gemeinde befindet, das Chinderhuus als Wahlbedarf und dieses soll daher möglichst kostendeckend geführt werden, auch wenn dies vielen weh tut. Leider wird keine klare Aussage über die finanziellen Auswirkungen mit dem neuen Tarifmodul gemacht.

Für die Mehrheit der GPK gehört aber die Behandlung der Motion „Jugend- und Familienpolitik“ zu diesem Thema. Die Zukunft des Chinderhuuses, die Frage über eine privatrechtliche Trägerschaft, eine Zusammenlegung mit anderen Institutionen und natürlich die Tarifpolitik gehören in einer Gesamtschau im Rahmen dieser Motion behandelt.

Aus diesen verschiedenen Gründen lehnt die GPK den ersten Punkt des gemeinderätlichen Antrages mit 5:1 bei einer Abwesenheit ab.

Lehrstelle:

Der Grossteil der GPK ist erfreut über die Schaffung einer zusätzlichen Lehrstelle im Chinderhuus Wohlten und unterstützt das Vorhaben. Der Gemeinderat muss in dieser für junge Mitmenschen schwierigen Zeit Möglichkeiten haben, unbürokratisch Lehrstellen zu schaffen. Es gibt aber auch GPK-Mitglieder, welche mit dem Vorgehen nicht einverstanden sind und die Einhaltung des Dienstweges auch in diesem Fall für nötig halten.

Die GPK stimmt dem Punkt 2 des gemeinderätlichen Antrages mit 5 : 1 bei einer Abwesenheit zu.

Külling Harold, Vizeammann: Nachdem wir die Meinung der GPK gehört haben, hätten Sie nun fast den Nichteintretensantrag der SVP unterstützen müssen. Ich möchte aus den verschiedenen Sachen, die erwähnt wurden, einiges klarstellen.

Massive Erhöhungen bei den unteren Einkommensstufen:

Andy Bächer hat uns eine Berechnung vorgestellt. Auch habe ich irgendwo gelesen, dass die Tarife um 65 % erhöht werden. Hier wird gerechnet und umgerechnet. Ich gebe Ihnen einige Beispiele:

1. Beispiel

Familienvater mit einem Mindestlohn (Nettolohn) Fr. 3'000.00, 2 Kinder im Alter von 3 und 4 Jahren und die Frau zu Hause. Nach der Skos-Richtlinie ist das Existenzminimum für diese Familie wie folgt zu berechnen: Grundbedarf für 4 Personen Fr. 2'160.00, Wohnung Fr. 1'200.00, Prämienvverbilligung Fr. 400.00, ergibt ein Existenzminimum von Fr. 4'060.00. Da er Fr. 3'000.00 verdient, müsste er Fr. 1'060.00 Sozialhilfe beantragen. Nun entschliesst sich die Ehefrau halbtags zu arbeiten. Sie verdient Fr. 1'500.00 (Netto nach Lohnausweis). Dies ergibt gesamthaft Fr. 54'000.00 auf das Jahr. Diese Familie, welche mit absoluten Minimallöhnen lebt, wird nach der alten Tarifordnung in die Tarifstufe 3 eingeteilt. Die Kosten für die beiden Kinder belaufen sich auf Fr. 537.25 (Fr. 307.00 für das erste Kind / Fr. 230.25 für das 2. Kind). Nun gibt es einen Systemwechsel. Es wird nicht mehr nach dem Nettoeinkommen eingestuft, sondern nach dem steuerbaren Einkommen. Wir gehen wieder von den Fr. 54'000.00 aus. Gemäss Steuergesetz kann nun ein Abzug von 2 x Fr. 6'400.00 (Fr. 12'800.00) gemacht werden. Somit gehen wir von einem Einkommen aus, welches dem Minimaltarif (da Betrag unter Fr. 42'000.00) zugeordnet wird. Die Familie bezahlt nach dem neuen Tarif Fr. 800.00, da sich der Geschwisterrabatt mit der Teilzeitbetreuung aufhebt. Dies ergibt gegenüber dem alten Tarif eine Erhöhung von Fr. 262.75. Auch nach dem alten Tarif sind sie um knapp Fr. 100.00 unter dem Existenzminimum. Nach dem neuen Tarif sind es dann dementsprechend mehr. Nun habe ich aber die Kinderzulagen noch

gar nicht hinzugerechnet. So gleicht sich dies wieder aus und wir kommen zum Schluss, dass sich die Erhöhung bei den untersten Einkommen gar nicht so massiv auswirkt.

2. Beispiel

Eine alleinerziehende Mutter mit einem Minimalverdienst Fr. 3000.00 plus Alimente von Fr. 500.00 hat einen Jahresverdienst von Fr. 42'000.00. Nach den Skos-Richtlinie hat sie mit einem Kind Fr. 1'545.00 Grundbedarf plus Wohnung Fr. 1'200.00 und Fr. 200.00 Krankenkassenprämienverbilligung ein Existenzminimum von 2'945.00. Nach dem heutigen Tarif wird sie in die Tarifstufe 1 eingestuft und hätte Fr. 429.00 zu bezahlen. Nach dem neuen Tarif Fr. 800.00. Allerdings habe ich die Kinderzulagen auch noch nicht berücksichtigt. Nun müssen wir daran denken, dass man nach dem neuen Tarif, welcher angeblich so hoch sein soll, pro Stunde weniger als Fr. 4.00 für eine ganztägige Betreuung bezahlt. Mit nimmt Wunder, welche Tagesmutter bereit wäre, für eine professionelle Betreuung mit pädagogischem Konzept und schöner Einrichtung nur Fr. 4.00/Std. zu verlangen. Da kann mir doch niemand sagen, dass dies unsozial ist.

3. Beispiel (aus der Praxis)

Ein Ehepaar arbeitet und erwirtschaftet aus der gemeinsamen Arbeit ein steuerbares Jahreseinkommen von Fr. 135'000.00. Bis anhin mussten sie für ein Kind (Betreuung während 4 Tagen) Fr. 1'174.00 bezahlen. Neu müssen sie Fr. 1'360.00 bezahlen. Nun haben die Eltern noch ein weiteres Kind bekommen, welches ebenfalls in den Hort gegeben werden soll. Danach würde dies nach altem Tarif Fr. 1'174.00 für das erste Kind und Fr. 880.50 für das 2. Kind = total Fr. 2'054.50 machen. Mit dem neuen Tarif gleichen sich der Geschwisterrabatt und die Teilzeitbetreuung aus, es gibt jedoch einen Baby-Zuschlag von 20 %. Dies ergibt total Fr. 3'092.00. Klar, das ist eine stolze Steigerung. Nun muss man jedoch wissen, dass diese Eltern ein steuerbares Jahreseinkommen von Fr. 135'000.00 haben. Wenn man nun noch die Kinderabzüge hinzurechnet, hat diese Familie ein Einkommen pro Monat von über Fr. 11'000.00. Ist denn dieser Betrag für eine volle Betreuung nicht angemessen?

Man könnte da noch viele Rechnungen machen. Gesamthaft gesagt ist dieser Tarif sozial. Wie wirkt sich das Ganze aus: Wir haben nur gerade 3 Kinder, welche in der Tarifstufe 1 eingestuft sind. Davon sind nur 2 voll im Hort und diese Familien beziehen bereits heute Sozialhilfe. Man kann immer alles von verschiedenen Seiten und Orten betrachten. Entscheidend ist, dass die neue Tarifordnung einen Systemwechsel bedingt. Ein System, welches andere gleichartige Institutionen ebenfalls benutzen. Ich wundere mich, warum man das in Wohlen nicht machen kann.

Es geht um einen Verteilschlüssel, dies wurde vom Sprecher der GPK richtig gesagt, bei welchem es darum geht, die Kosten des Chinderhauses unter den Eltern, welche die Kosten verursachen, und unter den Steuerzahlern, welche den Dienst nicht in Anspruch nehmen, aufgeteilt werden. Wir strebten immer eine Aufteilung von 50 : 50 an. Von einem kostendeckenden Chinderhaus können Sie dies nicht erwarten. Fr. 85.00 von allen Eltern zu verlangen wird nicht möglich sein. Wir müssen einen verursachergerechten Ausgleich finden. Und genau dies finden wir im neuen Tarif. Dieser ist sozial und verursachergerecht. Er ist gegenüber den Eltern und auch den Steuerzahlern vertretbar.

Der GPK-Sprecher hat gesagt, dass die Privatisierung des Chinderhauses nicht geprüft wurde. Das stimmt so nicht. Als wir damals festgestellt haben, dass die Defizite immer höher werden, haben wir uns überlegt, was zu tun ist. Wir mussten die Kosten senken, vor allem diese der Miete. Die zweite Stufe ist nun der Tarif. Die dritte Stufe wäre, sich zu überlegen, ob das Chinderhaus privatisiert werden soll. Bevor wir uns dies überlegen können, müssen wir jedoch eine betriebliche Autonomie herstellen können. Man darf bei der Privatisierung nicht nur die Subventionen sehen, welche ausbezahlt werden. Es ist richtig, dass Subventionen nur für private Institutionen ausbezahlt werden. Es ist jedoch noch gar nicht erwiesen, dass eine Privatisierung für die Gemeinde schlussendlich kostengünstiger wäre.

Wenn wir zum Resultat einer kostendeckenden Privatisierung kommen, wäre dies natürlich schön. Aber ich möchte Sie vor Illusionen warnen. Zusammengefasst möchte ich Sie bitten – im Interesse des Chinderhuuses – der Tarifordnung zuzustimmen. Überlegen Sie sich eines: Was sind die Signale an die beiden Hortleiterinnen? Mit viel Idealismus und professionellem Können wird eine hervorragende Arbeit geleistet. Nun will man diesen Personen attestieren, dass sie nicht in der Lage sind, eine Tarifordnung dafür zu finden. Eine Tarifordnung, welche sie nicht selber erfunden aber selber gefunden haben. Was ist das für ein Signal? Wäre es nicht besser, dieser Tarifordnung zuzustimmen und den Weg, welcher die Betriebskommission eingegangen ist, weiterzugehen?

Bächer Andy, GPK-Sprecher: Eine Richtigstellung: Die GPK hat nicht gesagt, dass das Chinderhuus auf privatrechtlicher Basis kostendeckend sein wird. Die GPK hat nur gesagt, dass die Subventionen abgeholt werden sollen und dass dies der erste Schritt ist. Sie schreiben selber auf der 1. Seite des Bericht und Antrages, dass die Schaffung einer privatrechtlichen Trägerschaft für das Chinderhuus vorläufig verworfen worden sei. Wir haben klar gesagt, dass eine Überführung geprüft werden muss, damit die Subventionen eingefordert werden können. Der 2. Punkt ist, dass ein grosser Teil der GPK das Meinung ist, dass eine Erhöhung der Tarife um ca. 50 % in der untersten Tarifstufe zu massiv ist. Ansonsten müssen Sie dem Einwohnerrat andere Unterlagen beilegen.

Fischer Arthur, Präsident: Bevor wir weiterfahren, möchte ich Ihnen nochmals § 25 des Geschäftsreglementes in Erinnerung rufen, in welchem steht, dass die Rednerinnen und Redner angehalten werden, ihre Ausführungen kurz zu fassen. Ich bitte Sie, daran zu denken.

Meier Maya; Freis Wohle: Ich möchte etwas zum kostendeckenden Betrieb sagen. Auch ich habe nie gehört, dass das so gedacht ist. Im § 51 des Sozialhilfe und Präventionsgesetzes steht: „Der Kanton beteiligt sich auf der Grundlage von Leistungsvereinbarungen an privaten Institutionen der Tagesbetreuung von Kindern gemäss § 39 im Umfang von maximal 20 % der anrechenbaren Betriebskosten, sofern sich die Gemeinde angemessen beteiligt.“ Das heisst, dass sich auch die Gemeinde angemessen beteiligen muss und einen Betrag übernehmen muss.

Zur Rückweisung der GPK: EVP und Freis Wohle schliessen sich der GPK an. Auch für uns ist es unschön, dass der unterste Tarif um fast das Doppelte erhöht wurde. Gerade das Beispiel der alleinerziehenden Mutter ist ziemlich hart. Diejenigen mit dem untersten Einkommen sind fast gezwungen, auf das Sozialamt zu gehen. Das kann auch nicht sein. Das gibt für das Sozialamt einen Mehraufwand und schlussendlich wird es trotzdem die öffentliche Hand bezahlen. Dieser Schritt macht für uns keinen Sinn. Dass das Vermögen eingerechnet wird, damit können wir leben. Gut in der Vorlage finden wir, dass die Tarife der Auswärtigen nun endlich kostendeckend wären. Es ist in Ordnung, dass eine Aufteilung von 50 : 50 angestrebt wird. Eine Berechnung zeigt nämlich, dass jeder Franken, der in die Kinderbetreuung investiert wird, 3 bis 4fach zurückkommt. Sei dies in Form von Steuern oder Beträgen an Sozialversicherungen. Ausserdem ist es auch nützlich für die Wirtschaft.

Durch den Umzug des Chinderhuuses ist das Ziel von 50 : 50 schon fast erreicht. Wenn nun bei den höchsten Tarifstufen oder aber mindestens bei den Auswärtigen Anpassungen vorgenommen werden, sind wir zufrieden.

Bei der letzten Tarifierhöhung im September 2003 habe ich beanstandet, dass die Tarife der Auswärtigen nicht kostendeckend sind. Man hat mir damals versichert, dass der Tarif von Fr. 1'400.00 kostendeckend sei und man wollte partout nicht mehr darüber diskutieren. Ich habe damals behauptet, dass ein Platz Fr. 1'635.00 kostet. Nun hat man anscheinend erkannt, dass die Fr. 1'400.00 nicht stimmen und man geht von einem Betrag für eine volle Kostendeckung von Fr. 1'700.00 aus. Was wir auch beanstanden ist, dass betr. Überführung in eine private Trägerschaft noch nichts unternommen wurde. Wir haben schon mehrmals gehört, dass es nicht ein-

fach ist. Jedoch wissen wir nicht warum. Ich bin sicher, dass dies eine Aufgabe für die Arbeitsgruppe Familien- und Jugendpolitik wäre.

Wir unterstützen grundsätzlich die Schaffung der zusätzlichen Lehrstelle.

Zum Schluss danke ich im Namen von Freis Wohle dem Team des Chinderhauses ganz herzlich für ihren Einsatz zu Gunsten der Kinder.

Gfeller Konrad, FDP: Nachdem die Tarifierung 2004 nicht den erhofften Finanzausgleich einbrachte, haben die Verantwortlichen richtigerweise beschlossen, erneute Gegenmassnahmen zu prüfen.

Man fand sie, indem eine neue Tarifstruktur angewendet werden soll. Dabei war auch das Ziel integriert, dass der Gemeindebeitrag die Marke 50 % nicht übersteigen soll. Man darf sich aber auch fragen, ob es überhaupt Sache der öffentlichen Hand ist, diesen Kinderhort zu führen. Doch für eine Privatisierung ist nicht der richtige Moment. Somit wird mit der Annahme des Bericht und Antrages der erste, richtige Schritt in die richtige Richtung getan.

Auch zu erwähnen ist, dass das Wohler Chinderhaus beim schweizerischen Krippenverband aufgenommen worden ist. Dies kommt einer Zertifizierung gleich, was garantiert, dass minimale Anforderungen an die Institution sowie das Personal gestellt werden.

Um diese Leistungen voll abzugelten, ist eine Kostenpauschale von max. Fr. 85.00 pro Kind und Tag nötig. Mit der Vorgabe, die Gemeindebeiträge sollen max. 50 % betragen, wird diese neue Tarifstruktur angewendet. Auch in anderen Gemeinden wird mit dieser Struktur gearbeitet und dies mit Erfolg.

Als die Anpassungen im 2003 resp. 2004 vorgenommen wurden, wurden die unteren Einkommen gänzlich ausgelassen, erst ab einem Nettoeinkommen von Fr. 62'350.00 wurde der damalige Ansatz erhöht. Neu wird nicht das Nettoeinkommen, sondern das steuerbare Einkommen angewendet und auch das Vermögen dem Tarif zu Grunde gelegt. Dabei ist richtig, dass die damals verschonten Einkommensbereiche neu ebenfalls mit einer Erhöhung konfrontiert werden.

Statt Fr. 21.45 pro Tag, sind nun Fr. 40.00 pro Tag für den Hortdienst zu bezahlen. Sicher ist dies für die Betroffenen ein massiver Anstieg, doch die Gemeinde unterstützt diese Eltern immer noch mit Fr. 50.00, was 50 % bedeutet. Somit nimmt die FDP in diesen Einkommensschichten ihre soziale Verantwortung weiterhin wahr.

Die FDP unterstützt diese Vorlage einstimmig. Wir sind überzeugt, dass damit eine machbare Lösung für alle Seiten gefunden wurde.

Wir bedanken uns bei den Beteiligten, welche mitgearbeitet haben.

Gregor Ariane, CVP-CSP: Die Fraktion CVP-CSP kann dem 1. Teil dieses Bericht und Antrages nicht zustimmen. Es muss vorausgeschickt werden, dass wir nicht grundsätzlich gegen das Chinderhaus sind. Das Dossier bietet wenig Informationen. Es fehlt eine Statistik betreffend sozialer Durchmischung der Kinder, ein Bezug zu anderen Kinderhorten im Kanton und den geltenden Richtlinien.

Mit der neuen Tarifordnung ist ein Systemwechsel vom Nettoeinkommen zum steuerbaren Einkommen vorgesehen. Es ist nicht ersichtlich, weshalb es einen Systemwechsel braucht und welche Auswirkungen dieser hat. Bei der gesamten neuen Tarifordnung hat der Einwohnerrat wenig Informationen erhalten, welche Einkommensschichten profitieren und welche einbüßen. All

die Berechnungen, welche Vizeammann Harold Külling vorhin vorgerechnet hat, sind nicht ersichtlich und mussten zusammengeschustert werden.

Die neue Tarifordnung ist bei weitem nicht sozial verträglich. Der Mindestbetrag wurde um beinahe das Doppelte ergänzt. Die Kosten des sozialen Engagements der Gemeinde werden einfach von der Defizitdeckung zum Sozialdienst verlagert. Wir reden hier nicht von der Qualität der Betreuung.

Unserer Meinung nach sollte die Schaffung einer privaten Trägerschaft in Angriff genommen werden, weil dadurch finanzielle Mittel beim Kanton abgeholt werden können.

Der Bund hat 200 Mio. Franken Anstossfinanzierung für Kinderbetreuung gesprochen. Daran teilhaben könnte die Gemeinde Wohlen, wenn z. B. Asilo und Chinderhus unter einer Leitung neu zusammenarbeiten würden.

25 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte haben am 30. Mai 2003 eine Motion betreffend Jugend- und Familienpolitik in Wohlen eingereicht. Darin wird ein Konzept für umfassende jugend- und familienpolitische Massnahmen gefordert. Das Thema Chinderhus bietet eine gute Gelegenheit an die Motion 10060 zu erinnern.

Dem Antrag betreffend Schaffung einer zusätzlichen Lehrstelle „Fachperson Betreuung, Fachrichtung Kinderbetreuung“ stimmt die CVP-CSP Fraktion einstimmig und mit Freude zu.

Perroud Hedy, EL & Grüne: Die Fraktionsgemeinschaft SP und EL & Grüne kann die neue Tarifordnung keinesfalls unterstützen und findet die Vorlage mit dem irreführenden Titel „sozialverträglich“ ein kleiner Skandal. Die Erhöhung von 100 % der schlechtest Verdienenden ist nicht zu vertreten, noch dazu mit dem Hinweis auf den Bezug von Sozialhilfe. So nimmt man einer jungen Familie oder einer alleinerziehenden Mutter jeden Mut, für ihr Einkommen selber Verantwortung zu übernehmen. Es kann nicht das Ziel sein, Sozialhilfebezüge zu fördern.

Wir rufen in Erinnerung, dass die letzten Anpassungen erst 2 Jahre her ist. Die Aufschläge waren massiv. Vor 2 Jahren war es ein Anliegen, die untersten Tarife nicht zu erhöhen. Heute liegt genau das Gegenteil auf dem Tisch. Die untersten Tarife werden um 100 %, die obersten um 20 % erhöht. Was will der Gemeinderat mit diesem Zickzack-Kurs erreichen? Der Gemeinderat strebt eine Kostenteilung von 50 : 50 an. Durch die Tariferhöhung im Jahr 2004 und den Umzug ins reformierte Pfarrhaus ist das Ziel bald erreicht. Zudem ist der Grad der Kostendeckung von der Zusammensetzung der Kinder abhängig. Werden die Tarife wieder gesenkt, wenn nur noch Kinder von gutverdienenden Eltern den Kinderhort besuchen? Es ist nicht das Ziel, dass ein Kinderhort rentiert. Aufgabe und Ziel ist es, Kindern von berufstätigen Eltern eine gute Betreuung zu garantieren. Wenn die Betreuung nicht in einem vernünftigen Rahmen finanzierbar ist, werden schlechtere oder gar keine externen Betreuungsangebote wahrgenommen. Darunter leiden die Kinder. Die allfällig längerfristigen Kosten muss dann wiederum der Staat übernehmen. Sogar die Grünabfuhr ist es in Wohlen nicht wert, verursachergerecht finanziert zu werden. Diese Abstimmung ist noch nicht allzu lange her. Aber der Kinderhort soll nun verursachergerecht finanziert werden. Wir sind der Meinung, dass uns auch die Kinder so viel Wert sein sollen. Es ist uns ein Rätsel, warum der Gemeinderat bis anhin darauf verzichtet hat, dem Chinderhuus private rechtliche Strukturen zu geben, damit die Beiträge von Bund und Kanton abgeholt werden. Wir fordern den Gemeinderat zudem auf, die Motion Jugend- und Familienpolitik endlich zu bearbeiten und die Arbeitsgruppe einzusetzen. Das Thema der externen Betreuung muss im Gesamtkontext diskutiert werden. Ein gut geführtes Chinderhuus mit professioneller Betreuung ist für unsere Gesellschaft eine lohnende Investition. Das dafür aufgewendete Geld lohnt sich langfristig.

Unsere Fraktionsgemeinschaft ist gegen die Tariferhöhung. Wir erwarten, dass die Arbeitsgruppe Jugend- und Familienpolitik ihre Arbeit aufnimmt und das Thema externe Kinderbetreuung ganzheitlich anpasst. Der Antrag betr. Schaffung einer neuen Lehrstelle findet unsere Zustimmung. Bei der aktuellen Lehrstellenknappheit ist es richtig, dass solche Bemühungen unternommen werden. Dass die Stelle bereits geschaffen wurde, ohne dass dies der Einwohnerrat beschlossen hat, erachten wir als Schönheitsfehler, welchen wir dem Gemeinderat verzeihen.

Spörri Marlis, SPV Wohlen-Anglikon: Wir sind grossmehrheitlich gegen diese neue Tarifordnung. Einerseits ist die Erhöhung exorbitant, teilweise über 50 % und dies erst zwei Jahre nach der letzten Preissteigerung, welche mit 63 % bei den Auswärtigen und bis 52 % bei Einheimischen ebenfalls sehr markant ausgefallen ist.

Andererseits sind wir strikte gegen höhere Tarife, resp. Gebühren, resp. Preise. Wir haben aus Überzeugung das Wahlversprechen „keine neuen und höheren Gebühren“ abgegeben. Wir handeln jetzt auch dementsprechend und lehnen alle Gebührenerhöhungen ab – auch aus Überzeugung. Es ist mit dem auszukommen, was man hat. Die Bestrafung von guten Steuerzahlern lehnen wir ebenfalls ab. Die Vorlage will ja von den besseren Steuerzahlern noch höhere Gebühren verlangen, als von den Benützern, welche weniger Steuern bezahlen. Wir wollen nicht zu einem Sozialparadies verkommen. Beide – schlechte Steuerzahler und gute Steuerzahler – sind Menschen. Beide sollen gleich behandelt werden. Wir haben schon genug Reichtumssteuern (z.B. die direkte Bundessteuer, aber auch die normale Progression bei der Staatssteuer).

Zur Lehrstelle

Unsere Fraktionsgemeinschaft unterstützt, dass der zu früh eingegangene Lehrvertrag Gültigkeit behalten soll. Mit knapper Mehrheit stehen wir unter diesen Umständen zu dieser Lehrstelle. Einstimmig sind wir gegen das Vorgehen des Gemeinderates, einen Lehrvertrag ohne gültige und formelle Absegnung durch das Parlament einzugehen. Ein solches Vorgehen darf sich nicht wiederholen. Es lag keine Dringlichkeit vor.

Siebenmann Johannes, EVP: Ich habe bei den Berechnungen von Harold Külling versucht mitzurechnen. Bei dem Beispiel von Fr. 54'000.00 Einkommen mit der Differenz alt neu Fr. 198.00. Da wurden die Kinderzulagen nicht hinzugerechnet. Beim anderen Beispiel von Fr. 135'000.00 würde die Differenz Fr. 186.00 betragen. Das kann doch nicht sein.

Benz Guido, CVP-CSP: Wir haben nun bei einer Vorlage ganz unterschiedliche Elemente gehört, welche sich zum Teil widersprechen. Ich möchte den Gemeinderat ermuntern, diese Vorlage im Moment zurück zu ziehen und weiter zu bearbeiten. Ich denke, wir kämen danach zu einem besseren Konsens, als heute möglich ist.

Külling Harold, Vizeammann: Ich habe die Rüge des Einwohnerratspräsidenten schon gehört und werde mich bemühen, mich kurz zu halten. Ich beantrage meinen Gemeinderatskollegen nicht, diesen Antrag zurückzuziehen. Stimmen wir darüber ab. Wenn Sie diesen Tarif nicht wollen, lehnen Sie ihn ab.

Privatisierung ist das Zauberwort. Jeder Fraktionssprecher hat dies erwähnt, sogar meine Partei. Was heisst Privatisierung: Das heisst primär, dass Sie zu diesem Tarif nichts mehr zu sagen haben. Jeder im Saal möchte dies. Und im selben Atemzug wird gerechnet und wird mir vorge-rechnet, dass ich falsch gerechnet habe. Jeder hier im Saal ist ein Tarifexperte – aber gleichzeitig wird eine Privatisierung gewünscht. Ich habe Ihnen gesagt, warum wir die Idee der Privatisierung vorerst verworfen haben. Zuerst muss die betriebliche Autonomie sichergestellt werden. Wenn Sie der Betriebskommission und der Betriebsleitung nicht einmal zutrauen, den richtigen Tarif zu finden, wie sollen wir dann in der Lagen sein, eine private Institution zu führen? Dies müssen Sie Ihren Wählern erklären, wenn Sie den Tarif ablehnen. Wenn jemand sagt, dass eine

professionelle Kinderbetreuung, für welche pro Stunde weniger als Fr. 4.00 bezahlt werden muss, unsozial ist, dann verstehe ich das nicht. Stellen Sie doch den Antrag, dass die Tarife ganz abgeschafft werden sollen und dies über den Steuerzahler finanziert werden soll.

Es stimmt eben nicht, dass wir die Personen auf das Sozialamt treiben. Ich warne Sie, wenn Sie meinen, dass das so gehen sollte. So geht es nicht! Wie sollen wir Ihnen eine Privatisierungsvorlage bringen, wenn Sie uns nicht zutrauen, einen Tarif zu bestimmen. Ich kann Ihnen eines versprechen: Wenn Sie heute dem Bericht und Antrag zustimmen, haben wir die Voraussetzung für eine Privatisierung geschaffen. Ansonsten können wir den Rest vergessen. Sie merken ja selber, wie zerstritten das ganze ist. Wir werden schlussendlich beim Status Quo stehen bleiben, weil alles zerredet wird. Ich möchte Ihnen ans Herz legen, der Tarifordnung zuzustimmen.

Unteregger Thomas, SVP Wohlen-Anglikon: Es ist bedauernd, dass zwischen der Exekutive und der Legislative keine besseren Synergien herrschen. Bereits in der GPK wurde gesagt, dass der Gemeinderat das Ziel hat, die Aufteilung von 50 : 50 zu erreichen. Ich muss Andy Bächer in Schutz nehmen und ich gebe auch zu, dass sich die Schere inzwischen verringert hat. Ich bitte den Gemeinderat zu akzeptieren, wenn wir eine Meinung vertreten und nicht mit dem Zeigefinger auf uns loszugehen. Wir haben festgestellt, dass es gewisse Fälle gibt – vielleicht ist es die kleinere Anzahl – bei denen es eine Verdoppelung gibt. Wir haben darüber abgestimmt und waren der Meinung, dass dies nicht sozial ist. Weiter sind wir auch der Ansicht, dass evtl. Synergien mit anderen Sachen möglich wären. Dazu bin ich jedoch zu wenig Profi. Ich verstehe den Ärger von Harold Külling, denn er ist dem Geschäft näher. Man hat schon seit längerer Zeit darüber gesprochen, dass etwas gemacht werden muss. Aber man hat das Geschäft einfach nie angepackt. Nun stehen wir da und diskutieren über den Tarif. Ich bitte um mehr Akzeptanz.

Fricker Matthias, CVP-CSP: Ich bin der Meinung, dass wir die Drohung von Harold Külling so nicht akzeptieren dürfen. Der Einwohnerrat hat das Recht, sich über den Tarif eine Meinung zu bilden. Es ist nun anscheinend so, dass hier die Meinung herrscht, dass der Tarif für gewisse Einkommensstufen unsozial ist. Nun kann nicht einfach vom Gemeinderat gesagt werden, dass wir die Privatisierung vergessen können, wenn wir die Tarifordnung so nicht annehmen. So kann es nicht gehen. Es ist auch nicht so, dass wir der Betriebskommission nicht zutrauen, eine Tarifordnung zu erarbeiten. Der Rat ist nun mal mehrheitlich mit dem neuen Tarif nicht einverstanden. Zudem herrscht die Meinung, dass der Gemeinderat die Privatisierung zusammen mit einem Leistungsauftrag an die Hand nehmen soll.

Gfeller Konrad, FDP: Es sieht so aus, als würde der Rat die Tarifordnung ablehnen. Dies ist eigentlich nicht so schlimm, denn das Chinderhuus ist ja noch da. Es ist einfach so, dass Sie auch bei der nächsten Budgetsitzung zu Ihrer Entscheidung stehen müssen. Eigentlich wäre es ein Weg gewesen, die Finanzen dieser Gemeinde zu einem gewissen Teil zu verbessern.

Meier Maya, Freis Wohle: Es steht in der Vorlage geschrieben: „Die Betriebskommission will zunächst die Finanzlage des Chinderhuuses verbessern.“ Wenn wir nun die Subventionen des Kantons bekommen, können wir zur Verbesserung der Finanzlage auch noch etwas dazu beitragen. Dies ist für mich ein Widerspruch.

Stäger Urs, SVP Wohlen-Anglikon: Es ist in diesem Rat manchmal schon interessant. Da wird die Grünabfuhr mit dem Chinderhuus verglichen. Von der Grünabfuhr profitiert eigentlich die gesamte Bevölkerung. Im Chinderhuus werden meines Wissens 24 Kinder betreut. Das sind rund 1 % der Kinder. Dieses Verhältnis stimmt irgendwie nicht.

Interessant ist, dass das Chinderhuus in günstigere Räume umgezogen ist und dass im Budget 2007 trotzdem ein höherer Aufwand von fast Fr. 25'000.00 aufgeführt ist. Unter der Bedingung, dass die neuen Tarife ankommen, geben wir nachher pro Kind Fr. 10'000.00 im Jahr aus. Ich bitte Sie, dies kurz zu bedenken.

Perroud Hedy, SP: Von der Grünabfuhr haben viele einen Nutzen. Aber wenn wir Kinder haben, welche gesundheitliche und psychische Schäden haben – seien es nur 2 oder 3 – muss die Gemeinde für die Folgekosten aufkommen. Wir alle sind Nutzniesser von gesunden Kindern.

Stäger Urs, SVP Wohlen-Anglikon: Grundsätzlich ist es so, dass die Erziehung der Kinder, Sache des Elternhauses und nicht eines Chinderhuuses ist.

Unteregger Thomas, SVP Wohlen-Anglikon: Ich habe etwas vergessen zu sagen: Die Tarifänderung vom Nettoeinkommen zum steuerbaren Einkommen haben wir grundsätzlich gutgeheissen. Das ist evtl. bei Andy Bächer's Votum nicht klar zum Ausdruck gekommen.

Abstimmung

Der 1. Teil des gemeinderätlichen Antrages

Die neue Tarifordnung des Wohler Chinderhuus (Anhang XII zum Gebührenreglement der Gemeinde Wohlen vom 28. August 1995) sei zu genehmigen und vom Gemeinderat in Kraft zu setzen

wird mit 8 Ja-, 30 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Dem 2. Teil des gemeinderätlichen Antrages

Es sei eine zusätzliche Lehrstelle "Fachperson Betreuung Fachrichtung Kinderbetreuung" zu schaffen

wird mit 33 Ja-, 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

Kenntnisnahme 11012 betr. Jahresbericht und Rechnung 2005 des Abwasserverbandes Wohlen-Villmergen-Waltenschwil

Tanner Peter, GPK-Sprecher: Die GPK dankt vorerst dem Abwasserverband unter der Führung von Ernst Häner im Allgemeinen und für den ausführlichen Jahresbericht im Speziellen, sowie dem Revisorenteam für die Überprüfung der Rechnung, ebenso den Mitarbeitern unter der Leitung von Stefan Irniger für die gute Arbeit. Die komplexe Anlage ist gut im Schuss und liefert deshalb auch bestmöglich gereinigtes Wasser via neu erstelltem Kanal in die Aare.

Aus dem Jahresbericht ersehen wir, dass die Anlage durch Inbetriebnahme einer Schlamm-trocknung noch komplexer wurde. Wegen gesetzlicher Vorschriften muss bekanntlich der Schlamm der Verbrennung zugeführt werden. Sinnvollerweise wird dieser kräftig getrocknet, bevor es zum Abtransport nach Wildegg geht. Nach kurzer Zeit ist die ARA-Mannschaft mit der Trocknungsmaschinerie bereits gut vertraut. Die Einweihungsfeier im April 2005 und der Besuchertag bleiben in guter Erinnerung.

Vor allem zwei wichtige Fragen haben sich in der GPK ergeben:

- Haben wir mit einem weiteren Ausbau zu rechnen, da die Stickstoffgrenzwerte teilweise nicht eingehalten werden? Dazu meint Herr Häner: „Nein, eher nicht, denn alle anderen ARA's haben ähnliche Probleme und die Beseitigung dieser temporären Grenzüberschreitung wäre sündhaft teuer und stehe in keinem Verhältnis zum Nutzen.“
- Ist jetzt für den Konsumenten mit tieferen Abwassergebühren zu rechnen? Tendenziell ja, es hängt aber im Einzelnen von den Gemeinden selber ab, wie sie die Tarifgestaltung vornehmen.

Als Wermutstropfen im ansonsten sehr guten Berichtsjahr musste beim Bau des Abwasserkanals eine Nachforderung von Fr. 70'000.00 akzeptiert werden. Bei der Bauvergabe ist die günstigste Offerte berücksichtigt worden. Leider ergaben sich aus den schwierigen Terrainverhältnissen bei einer Untertunnelung Mehraufwendungen. Diese mussten teilweise akzeptiert werden. Trotzdem ist der Endbetrag immer noch unter der zweitgünstigsten Offerte.

Zum Abschluss meines Berichtes und als Ausblick sei die Vorabklärung zum Betrieb einer Kom-pogasanlage auf dem ARA-Areal erwähnt. Die GPK begrüsst dieses Interesse und hofft auf einen guten Prüfungsbericht – so kämen wir dem eigenen Gasvorkommen einen Schritt näher. Bildlich gesprochen würde das bedeuten: „Jedes Blatt ein Tropfen Benzin!“ Das ist in der Tat ein lohnendes Ziel.

Lehmann Sandra, Freis Wohle: Nach 8 Jahren ist der Um- und Ausbau der Kläranlage Wohlen nun abgeschlossen. Als letzte Elemente wurden die Klärschlamm-trocknungsanlage sowie die Frischschlamm-entwässerungsanlage in Betrieb genommen. Ab dem 30. September 2006 ist das Ausbringen von Klärschlamm auf landwirtschaftlichen Flächen im Kanton Aargau verboten. Wir sind stolz, dass Wohlen schon jetzt bereit ist und der getrocknete Klärschlamm vollumfänglich als Brennstoff und als Ersatzrohstoff ins nahegelegene Zementwerk Wildegg geliefert wird.

Die Fraktion Freis Wohle und EVP dankt dem Kläranlagepersonal und dem Vorstand des Abwasserverbandes für die Ausdauer während der langen Bauzeit, welche viele Provisorien, Umstellungen und Erneuerungen mit sich gebracht hat. Wir freuen uns, dass Wohlen und Umgebung über eine moderne Anlage verfügt und hoffen, dass diese ihren Zweck noch über viele Jahre im Dienste der Umwelt erfüllen wird.

Isler Roger, CVP-CSP: Unsere Fraktion nimmt den Jahresbericht des Abwasserverbandes zur Kenntnis. Wir sind der Meinung, dass dieser Bericht sehr informativ ist und ansprechend gestaltet wurde. Wir haben keine Fehler gefunden und auch keine Unklarheiten entdeckt.

Spengler Albert, Dorfteil Anglikon: Die Fraktion SVP Wohlen-Anglikon und Dorfteil Anglikon dankt der Betriebsleitung und dem Personal des Abwasserverbandes für die geleisteten Dienste, den informativen Jahresbericht und die übersichtlich gestaltete Rechnung.

Neeser Kurt, FDP : Die FDP möchte es natürlich auch nicht unterlassen der Betriebsleitung und dem Personal für die ausgezeichnete Arbeit zu danken. Der Bericht ist sehr interessant - vor allem die Statistiken.

Perroud Arsène, SP: Die Fraktion SP und EL & Grüne möchte es natürlich auch nicht unterlassen der Leitung und dem ganzen Team zu danken. Wenn wir ehrlich sind, sind wir von der SP mit den Fachausdrücken teilweise überfordert. Wir wissen manchmal gar nicht, worum es geht. Aber unsere „grünen Kollegen“ können uns dies jeweils sehr gut erklären.

Häner Ernst, Präsident des Abwasserverbandes Wohlen-Villmergen-Waltenschwil: Ich will mich kurz fassen. Es freut uns ausserordentlich, dass wir von den Fraktionssprechern und der GPK so wohlwollende Worte entgegen nehmen dürfen. Das bedeute für den Vorstand und das Team, dass wir uns dieses Jahr und in den folgenden entsprechend einsetzen werden. Vielen Dank!

Der Einwohnerrat nimmt vom Jahresbericht und Rechnung 2005 des Abwasserverbandes Wohlen-Villmergen-Waltenschwil Kenntnis.

Kenntnisnahme 11005 betr. Jahresbericht 2004/2005 der Schulen von Wohlen

Unteregger Thomas, GPK-Präsident: Der Dank an die Verantwortlichen, welche den Bericht verfasst haben, überlasse ich den Fraktionen.

Die GPK hat an der Sitzung vom 3. August 2006 von diesem Schulbericht Kenntnis genommen. Der Bericht bietet sehr viele Informationen aus der Schule Wohlen. Es ist aus meiner Sicht bedauerlich, dass ich als Vater von schulpflichtigen Kindern den Schulbericht erst als Politiker zur Kenntnis erhalten habe. Da ein grosser Teil des Berichtes jeweils unverteilt im Altpapier landet, erkundigte sich die GPK nach einer besseren Verteilung, beispielsweise einem Postversand. Ebenso ist die GPK der Ansicht, dass es wünschenswert wäre, den Bericht jeweils Ende des Kalenderjahres zu verteilen.

Inhaltlich hat uns der Bericht sehr angesprochen. Zusammenfassend die wichtigsten Fakten aus unserer Diskussion in Kürze:

- „Schulunkultur“ – Disziplin einiger Schülerinnen und Schüler
- Problematik Lehrstellensuche
- Lehrermangel an unserer Schule
- Die Chance der Realschüler auf eine Lehrstelle ist sehr gering

Was wir als Politiker zur Verbesserung dieser Probleme beitragen können, möchte ich lieber nicht an dieser Stelle bereden. Es ist jedoch so, dass wir alle gefordert sind, unsere eigene Verantwortung auch hier wahrzunehmen.

Zu guter Letzt wünscht die GPK, von den Tätigkeiten der Schulleitung und der Schulleitungskonferenz aus diesem Schulbericht erfahren zu können. Auch kritische und problematische Anliegen dürfen noch besser aufgezeigt werden.

Die GPK hat vom Schulbericht Kenntnis genommen.

Duschen Andrea, FDP: Wir von der FDP möchten allen Beteiligten für die grosse Arbeit danken. Der Bericht ist sauber, detailliert, übersichtlich und mit vielen Informationen abgefasst.

Es ist auch uns aufgefallen, dass der Bericht eher spät verteilt wurde. Wir bedenken, dass nun bereits die Schulperiode 2005/2006 der Vergangenheit angehört.

Aufgefallen ist uns in der Statistik auf der letzten Seite die massiv fallende Zahlen der Berufslernenden. Es ist uns klar, dass diese Schüler in den Zwischenjahren aufgefangen werden. Dies ist jedoch nur ein Hinausschieben dieses Problems. Ein Jahr später sind auch diese wieder auf dem Markt.

Eine allgemeine Feststellung, welche nicht nur die Schule Wohlen betrifft: Mit dem neuen Schulsystem sollte die Ausbildung eigentlich besser werden. Wir stellen aber vor allem bei den handwerklichen Berufen eher das Gegenteil fest – nämlich ein Sinken des Niveaus der Lernenden.

Donat Ruedi, CVP-CSP: Unsere Fraktion hat von diesem Schulbericht Kenntnis genommen. Ich kann mich eigentlich dem GPK-Sprecher anschliessen. Der Schulbericht war eine aufschlussreiche und interessante Lektüre. Empfehlenswert wäre sie eigentlich für alle, nicht nur für den

Einwohnerrat. Dieses „Buch“ wiedergibt eine umfangreiche Gesamtschau der Arbeit der Wohler Schule. Die Gesamtschau war sehr gut gegliedert. Den Verantwortlichen gebührt ein herzlicher Dank. Mit diesem Dank möchte ich auch eine kleinere Verbesserung einbringen: Wir möchten den Bericht früher zur Kenntnis nehmen können.

Hübscher Bertha, EVP: Freis Wohle und EVP haben den Schulbericht ebenfalls angeschaut. Es ist immer spannend, in diesem Büchli zu lesen, welche Aktivitäten geboten werden. Da wird nicht nur das 1x1 gelernt, es wird gesungen, gebastelt und an vielen Projekten gearbeitet. Dies ist gut für die Schüler. Dass sich die Schulleitung gut eingearbeitet hat und funktioniert, ist beruhigend. Erfreulich ist auch, dass nun fast problemlos wieder neue Lehrkräfte gefunden werden können, welche gut qualifiziert sind. Davon profitieren vor allem die Schüler.

Dass eine kleine Gruppe der Schule mit ihrem Verhalten Probleme bereitet, stimmt nachdenklich. Da sind wir alle gefordert.

Wir danken allen, welche einen Beitrag für diese gute Schule leisten. Besonders danken wir den Lehrkräften. Wir wissen, dass sie einen anspruchsvollen Beruf haben. Ihre Arbeit ist wichtig für unsere Gesellschaft.

Tanner Peter, SVP Wohlen Anglikon: Die Fraktionsgemeinschaft SVP und Dorfteil Anglikon nimmt den Jahresbericht 2004/2005 der Schule zur Kenntnis.

Unsere Anmerkungen:

Über den Erscheinungstermin und die Verteilungsart wurde schon gesprochen. Wir sind sicher, dass sich die Schulpflege darüber Gedanken machen wird.

Viel wichtiger erscheint uns die Thematik, welche Dr. Josef Sachs in seiner Chronik anspricht. Er wählt darin die Bezeichnung „Schulunkultur“ und meint die Verschlechterung von Disziplin und die Zunahme von Vandalismus, Diebstahl, Gewalthandlungen und Drogenkonsum.

Es ist bekannt, dass Sepp Sachs seine Worte mit Bedacht wählt und so wirkt seine Aussage auf Seite 16 nicht gerade dramatisch. Beim genaueren Hinsehen wirkt die Beschreibung der Zustände aber als Hilferuf, spricht er doch eindeutig von einer Zunahme der Untaten. Vieles erscheint uns leider geeignet, dass sich die Problematik zu einem Flächenbrand ausdehnen könnte. Machen wir Politiker und Politikerinnen wirklich genug, um dies zu vermeiden? Dieser Frage müssen wir uns vermehrt stellen - natürlich alle von uns. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die seit 3 Jahren überwiesene Motion - ich habe sie heute bereits einmal erwähnt - betreffend Konzept Jugend- und Familienpolitik. In diesem Zusammenhang sind wir gefordert, Rezepte gegen die ungünstige Entwicklung zu finden.

An dieser Stelle danke ich dem zurückgetretenen Schulpflegepräsidenten Sepp Sachs im Namen der SVP-Fraktion ganz herzlich für seine ungeheuer grosse Arbeit und für die umsichtige Führung der Schule Wohlen.

Corinne Witt, SP: Auch wir von der Fraktion SP und EL & Grüne bedanken uns herzlich für die Arbeit an diesem Schulbericht. Dieser ist sehr gut gestaltet und aufschlussreich.

Detailberatung

Seite 70 / Berufsbezeichnungen

Meier Maya, Freis Wohle: Ich habe dies im letzten Jahr bereits angesprochen. Es hat hier sehr viele Berufsbezeichnungen mit 0. Mich würde interessieren, ob es sich dabei noch um alte Berufs-

bezeichnungen handelt. Es gibt ja viele Berufsbezeichnungen, welche geändert haben, z.B. bei den Berufen im Autobereich. Könnte man die anpassen?

Ernesto Hitz, Schulsekretär: Wir versuchen anzupassen, was uns bekannt ist. Aber momentan haben wir die Gewähr noch nicht, dass wir alles erfasst haben. Auch im neuen Bericht haben wir versucht es zu tun.

Der Einwohnerrat nimmt vom Schulbericht 2004/2005 der Wohler Schulen Kenntnis.

Fischer Arthur, Präsident: Wir sind am Ende der heutigen Sitzung. Vielen Dank für Ihre engagierte Mitarbeit. Die Sitzung vom September fällt voraussichtlich aus. Die nächste Sitzung findet also am 16. Oktober 2006 hier im Chappelhof statt.

Für das Protokoll

Arthur Fischer, Präsident

Peter Hartmann, Gemeindeschreiber